

MEGA-BEHÖRDE VERHINDERN – LANDESIMMOBILIENBEREICH ERFOLGREICH ENTWICKELN

Pressekonferenz am 3. Oktober 2011

[Behörde](#), [Immobilien](#), [Land](#), [LSA](#)

Zum „Entwurf eines Gesetzes zur Neuorganisation des staatlichen Hochbaues mit den immobilienbezogenen Aufgaben des Landes“ erklärt die Sprecherin für Bau und Verkehr in der FDP-Landesarbeitsgruppe beim Landesvorstand der FDP Sachsen-Anhalt:

Die Landesregierung soll alle Liegenschaften des Landes und alle Bereiche des staatlichen Hochbaus in einer Mega-Behörde zusammenzuführen.

Damit soll der Spruch, „Haushaltsbelastungen in den Bereichen Liegenschaftsmanagement und Staatshochbau deutlich reduzieren“ und „eine konsolidations-sato-rische Optimierung“ zu erreichen.

Nutzerorientierung und eine Lebenserfahrung nach jedoch gerade nicht das We-sens- und Zielbild sein. Die Einführung zusätzlicher hierarchischer Ebenen führt zu mehr Eigenverantwortung, Entscheidungsfreudigkeit und mehr Mitarbeiter beitragen. Statt dessen muss befürchtet werden, dass die Verwaltung mit sich selbst überproportional zunimmt und die Wege unnötig verlängern.

Es ist kaum anzunehmen, dass die Fusion zu einer Effektivierung bei der Instandhaltung und Entwicklung der Immobilien kommt, zumal sich bereits die bisherige – relativ übersichtliche – Vermögensverwaltungsverwaltung des Landes immer wieder als ein Quell der Ineffizienz zeigt. Die durch Fusion des Landesbetriebes Bau mit dem Landesbetrieb Immobilienmanagement und Immobilienmanagement Sachsen-Anhalt (LIMS) neu gebildete Behörde dürfte nach bürokratie-theoretischen Ansätzen die Ineffizienz noch verstärken.

Im Übrigen ist das Konzept dem Vernehmen nach auch zwischen den Koalitionspartnern CDU und SPD noch umstritten. So muss die Kabinettsvorlage des Finanzministers nach Intervention zurückgezogen werden.

Statt sofort Schritte zur Errichtung einer Anstalt für das Immobilienmanagement zu leiten, soll nun lediglich ein entsprechendes Konzept als mittelfristiges Ziel der Landesregierung bleibt es aber, dass das Immobilienmanagement in eine eigenständige Anstalt umzuwandeln, die der parlamentarischen Kontrolle künftig ent-zogen wäre. Die FDP Sachsen-Anhalt lehnt den Gesetzentwurf in der vorliegenden Form ab.